

Mit vereinten Kräften für die Freiwilligendienste

CDU und Jonas Pohlmann unterstützen Vereine und Verbände

„Loblieder auf das Ehrenamt sind nur ehrlich, wenn Politik auch entsprechend handelt. Die Bundesregierung macht zurzeit das Gegenteil“, betonte Jonas Pohlmann bei einer Diskussionsveranstaltung, zu welcher der Landtagsabgeordnete gemeinsam mit den CDU-Ortsverbänden aus dem südlichen Landkreis in das LandForum der Katholischen LandvolkHochschule Oesede eingeladen hatte. Anlass sind die Pläne der Bundesregierung, die Mittel für die Freiwilligendienste im Haushalt für 2024 deutlich zu reduzieren.

Im Gespräch mit Sebastian Niemann (Bistum Osnabrück), Marie-Ann-Marshall (Caritas) und Susanne Steininger (MaßArbeit) sowie rund 35 interessierten Teilnehmern aus Vereinen, Schulen und Politik war die gemeinsame Botschaft schnell gefunden: Der Bund müsse die Mittel für die Freiwilligendienste nicht nur erhalten, sondern erhöhen. „Einen entsprechenden Antrag hat unsere CDU-Landtagsfraktion bereits auf den Weg gebracht“, so Pohlmann.

Rund 100.000 Menschen engagieren sich in Deutschland jedes Jahr im Bundesfreiwilligendienst, Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) oder Internationalen Jugendfreiwilligendienst. Um 47 Mio. Euro in den Bundesfreiwilligendiensten und 25 Mio. Euro in den Jugendfreiwilligendiensten sollen nun Mittel gekürzt werden. Laut Niemann, Marshall und Steininger seien die Konsequenzen für die Arbeit der Vereine und Institutionen noch nicht im Detail absehbar. „Wir rechnen aber damit, dass jeder vierte Freiwilligenplatz wegfallen würde – in zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Pflege, Kita, Schule oder Sport“, ergänzte der Abgeordnete.

Bereits mit den – nun zurückgenommenen – Plänen des Arbeitsministeriums, die Zuständigkeit für die Arbeitsmarktintegration Unter-25-Jähriger vom Jobcenter zur Bundesagentur für Arbeit zu verlagern, habe der Bund die Akteure vor Ort zu einem „Spielball“ gemacht und die Arbeit der Jugendwerkstätten infrage gestellt, erläuterte Steininger, die den Übergang zwischen Schule und Beruf bei der MaßArbeit verantwortet.

Es entwickelte sich eine breite Diskussion zu den Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement und die Entwicklung junger Menschen in unserer Region. Perspektiven geben, Akteure in strategische Planungen mitnehmen, Vielfalt zulassen, kontinuierlich fördern: Dies sei der große Wunsch an die politischen Entscheider, richteten die Podiumsteilnehmer an die Politik. Ein Ball, den Pohlmann gerne aufnahm: „Wer mit den Aktiven vor Ort ins Gespräch geht, käme nicht auf die Idee, an der Zukunft junger Menschen zu sparen.“ Aussagen wie „die jungen Leute möchten nichts mehr leisten“ seien pauschal und nicht richtig. „Aber wir dürfen Ihnen keine Knüppel zwischen die Beine werfen, sondern müssen den richtigen Rahmen setzen, damit Ehrenamt weiter Spaß macht. Gerade jetzt.“